

Beschluss

Für ein offenes Europa

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die sofortige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir fordern auch die sofortige Aufhebung der Residenzpflicht.

Sammelunterkünfte sind zugunsten einer dezentralen Unterbringung abzuschaffen. Auch AsylbewerberInnen und Menschen mit Duldung haben ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das bedeutet in einer Arbeitsgesellschaft den Zugang zu Arbeit.

Dazu gehört auch ein Recht auf Zugang zu Bildung und Bildungsabschlüssen sowie zu Kommunikationsmedien und ÖPNV.

Die Essenspakete und Gutscheine sind überall in Bargeld umzuwandeln. Ebenso sind unabhängige Beratungsstellen einzurichten, die über das Asyl-Verfahren informieren.

Weiter setzen wir uns für einen sofortigen Abschiebestopp in Länder ein, in denen Menschenrechte verletzt werden.

Alle diese Forderungen zielen auf eine Humanisierung der Flüchtlingspolitik. Ohne weitere Forderungen aber werden sie nicht zu einem offenen Europa führen.

Deshalb werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer kommenden Regierung mit grüner Regierungsbeteiligung darauf hin wirken, die 1993 im Zuge der Grundgesetzänderung eingeführte Drittstaatenregelung rückgängig zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich gegen eine Festung Europa und werden mit politischen Kräften zusammenarbeiten, die diese Ziele teilen.